

ECCP (European Coordination of Committees and Associations for Palestine) fordert die EU auf:

Beenden Sie die europäische Komplizenschaft bei Besatzung, Apartheid und Völkermord

Englisches Original: <https://www.eccpalestine.org/stop-european-complicity-in-occupation-apartheid-and-genocide/>

Veröffentlicht 2. Juni 2025

Diese Petition, die von ECCP und europäischen akademischen Organisationen unterzeichnet wurde, fordert die EU auf, ihre Komplizenschaft mit Israels Völkermordkrieg gegen Gaza und dessen Verstößen gegen das Völkerrecht zu beenden. Sie verurteilt die fortgesetzte Finanzierung israelischer Universitäten, die eng mit dem Militär und dem Besatzungsapparat verbunden sind, während palästinensische Universitäten systematisch zerstört werden.

Die Petition fordert die EU auf:

- Beendigung aller akademischen und wissenschaftlichen Kooperationen mit israelischen Institutionen,
- den Status Israels im Rahmen von „Horizont Europa“ zu widerrufen,
- palästinensische akademische Einrichtungen wieder aufzubauen,
- die Auswirkungen früherer und künftiger EU-Forschungsgelder für Israel auf die Menschenrechte zu untersuchen,

Sie fordert die EU nachdrücklich auf, Sanktionen, einschließlich eines Waffenembargos, zu verhängen und ihren Einfluss geltend zu machen, um das Völkerrecht durchzusetzen. **Sie steht Forschern, Hochschulmitarbeitern und Studenten zur Unterzeichnung offen, indem sie das [Formular hier ausfüllen](#).**

An

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission

António Costa, Präsident des Europäischen Rates

Kaja Kallas, Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin

Ekaterina Zahrieva, Kommissarin für Start-ups, Forschung und Innovation

Der seit über 19 Monaten andauernde Völkermordkrieg Israels gegen Gaza hat Gaza in eine Hölle auf Erden verwandelt. Seit Israel am 2. März 2025 eine totale Blockade verhängt und unter Verletzung des Waffenstillstandsabkommens einseitig seine Militäroffensive wieder aufgenommen hat, leiden über 2 Millionen Menschen unter unerbittlichen Bombardements, Hunger, Unterernährung und Behinderungen. Das Ausmaß an Tod, Zerstörung und menschlichem Leid ist apokalyptisch. Die spärlichen Hilfslieferungen, die Israel am 23. Mai zugelassen hat, sind nur ein Vorwand, um weiteren internationalen Druck abzuwenden. Hinter den verschärften Angriffen droht ethnische Säuberung. Die Palästinenser, die bereits seit Jahrzehnten unter Besatzung, Kolonialisierung und Apartheid leiden, erleben ihre dunkelste

Stunde, während Siedlergewalt, Zwangsumsiedlungen und Hauszerstörungen das Westjordanland überschwemmen.

Ein plausibler Fall von Völkermord wurde vom Internationalen Gerichtshof (IGH) festgestellt, und vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) wurden Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsidenten und den ehemaligen Verteidigungsminister wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit erlassen. Der IGH hat in seinem Gutachten außerdem unmissverständlich festgestellt, dass die fortgesetzte Präsenz Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten illegal ist. Die Resolution der UN-Generalversammlung hat darüber hinaus festgelegt, dass die Besetzung und alle illegalen Aktivitäten bis September 2025 beendet werden müssen.

Während Israel die Anordnungen des IGH und unzählige UN-Resolutionen offen ignoriert, **hat die EU keine Maßnahmen ergriffen, um diesen moralischen und rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.** Im Gegenteil, die EU gewährt Israel weiterhin Privilegien durch das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel und schützt Israel vor der Rechenschaftspflicht, obwohl Artikel 2 des Abkommens die „Achtung der Menschenrechte“ als wesentliches Element festlegt. Erst vor kurzem wurde eine Überprüfung des Assoziierungsabkommens eingeleitet. In der Zwischenzeit fließen weiterhin in Europa hergestellte Waffen nach Israel und töten Zivilisten in Gaza. Ihre Untätigkeit in den letzten 19 Monaten hat Tausende Menschenleben gekostet.

Während palästinensische Universitäten absichtlich vom israelischen Militär zerstört wurden, genießen israelische akademische Einrichtungen weiterhin einen privilegierten Status als Partner der europäischen Wissenschaft im Rahmen des Assoziierungsabkommens und erhalten seit 2007 über 2,6 Milliarden Euro an EU-Forschungsgeldern. Dazu gehören Projekte im Bereich der Dual-Use- und Sicherheitsforschung, an denen israelische Hochschulen und Rüstungsunternehmen beteiligt sind und bei denen teilweise sogar ausdrücklich zukünftige militärische Anwendungen erwähnt werden. Israelische Universitäten sind keineswegs Verfechter der „akademischen Freiheit“, sondern seit ihrer Gründung integraler Bestandteil des israelischen Siedlungsprojekts. Sie produzieren Wissenschaft, die darauf abzielt, die Verbrechen des Staates Israel zu normalisieren und zu legitimieren, sie entwickeln Technologien und Strategien, die vom israelischen Militär gegen Palästinenser eingesetzt werden, und sie untergraben die akademische Freiheit, indem sie kritische jüdische und arabische Stimmen in ihren eigenen Institutionen unterdrücken.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die EU-Finanzierung des israelischen Militär- und Sicherheitskomplexes, an dem Wissenschaft und Industrie beteiligt sind, in den letzten 18 Jahren eine Rolle bei der Aufrechterhaltung der Besetzung, Kolonisierung und Apartheid gespielt hat, da Sicherheitstechnologien eine zentrale Rolle bei der Kontrolle, Unterwerfung und Unterdrückung der besetzten Bevölkerung spielen. **Die Fortsetzung der Forschungsfinanzierung für Israel ist nicht nur moralisch inakzeptabel, sondern setzt die EU auch dem Risiko aus, sich mitschuldig an den Verbrechen des Völkermords, der Besetzung und der Apartheid durch Israel zu machen.** Dieses Risiko ist besonders hoch, da es keine angemessenen Kontrollmechanismen gibt, um den Missbrauch der Ergebnisse EU-finanzierter Forschung in der Umsetzungsphase nach dem formellen Ende der Projekte zu verhindern, was zu möglichen Verstößen gegen das Völkerrecht führen kann.

Wir fordern daher die EU auf:

1. alle Beziehungen zu israelischen Forschungseinrichtungen auszusetzen und Israels Status als assoziiertes Land im Rahmen von „Horizont Europa“ zu widerrufen

2. die Führung beim Wiederaufbau der von Israel zerstörten palästinensischen Universitäten und Institutionen übernimmt

3. eine Untersuchung der Auswirkungen früherer und künftiger Forschungsgelder für Israel auf die Menschenrechte einleitet

Über diese konkreten Forderungen hinaus schließen wir uns dem Aufruf von Millionen Menschen weltweit an, diesen Völkermord zu beenden. Wir fordern Sie auf, alle diplomatischen, wirtschaftlichen und politischen Hebel in Bewegung zu setzen, einschließlich eines Waffenembargos und wirtschaftlicher Sanktionen, um Israel zur Einhaltung des Völkerrechts zu zwingen. Als Israels größter Handelspartner und wichtiger Partner für den Forschungs- und Innovationssektor verfügen Sie über echten Einfluss und sind gemäß den Urteilen des IGH zum Handeln verpflichtet. Ihr Versäumnis, dies zu tun, verrät die Grundwerte der EU, nämlich die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, und untergräbt das Ansehen der EU in der Weltgemeinschaft.

Die Liste der Unterzeichner und das Unterschriftenformular sind [hier verfügbar](https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSc5TVcCPh3kfegp7SnZDjYKCYrAhe3_c51rsIYiZVnm7SPoNw/viewform):
https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSc5TVcCPh3kfegp7SnZDjYKCYrAhe3_c51rsIYiZVnm7SPoNw/viewform

Martin Breidert

Beueler Kreuz 1

53604 Bad Honnef

02224-9118059

Martin.breidert@gmx.de